

Hans-Helmuth Knütter

Wartet nur, balde ...

Was ist ein „historisches Ereignis“? So bezeichnet man etwas, was in den Geschichtsbüchern festgehalten und den kommenden Generationen als erinnerungswürdig mitgeteilt wird. Ob wohl der 30. Juni 2017 ein solches „historisches Datum“ sein wird? Oh, es geht nicht um die „Ehe für alle“, denn gleichgeschlechtliche Paare konnten schon vorher eine standesamtlich gefestigte Lebensgemeinschaft eingehen. Jetzt haben sie ein paar Vergünstigungen wie die Bezeichnung „Ehe“ und das Adoptionsrecht zusätzlich bekommen. Also kein fundamentaler Wandel. Nein, der liegt auf anderem Gebiete: Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte und Gegenwart hat es eine erfolgreiche rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene gegeben, die noch dazu auf einem krachenden Bruch der bestehenden CDU/CSU-SPD-Regierungskoalition beruhte. Wirklich ein krachender Bruch? Ach nein. Die CDU/CSU ist doch mitschuldig. Die Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat die von der SPD gebrochene Koalition nicht nur nicht beendet, sondern die Abgeordneten der eigenen Partei vom Fraktionszwang „befreit“. Den gibt es aber offiziell überhaupt nicht, denn die Abgeordneten sind nur ihrem Gewissen verantwortlich (Art. 38 Abs. 1 GG) und können bei abweichendem Abstimmungsverhalten zwar aus der Fraktion ausgeschlossen werden, aber nicht ihr Mandat verlieren. Und so haben 75 CDU/CSU-Fraktionsmitglieder zusammen mit Rot-Rot-Grün gestimmt.

Was lehrt uns das? Nochmals: Es geht nicht um die „Ehe für alle“, obwohl auch hier der altlinke Kampf gegen die „bürgerliche“ Ehe und Traditionen hochkam. Entscheidend ist der Nachweis: Rot-Rot-Grün lebt. Die SPD wird sich hemmungslos mit der Linkspartei zusammentun, was seit 1994 vorbereitet wird. Damals ließ sich der SPD-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Höppner, eine ganze Legislaturperiode lang von der sich früher PDS nennenden Linkspartei tolerieren, um die bis dahin regierende CDU-Regierung ablösen zu können. Das Jubilieren der rot-rot-grünen Koalition über die „Ehe für alle“, darf nicht verhüllen, dass hier – entsprechender Ausgang der Bundestagswahl vorausgesetzt – die Generalprobe eines neuen linken, ja extrem linken Regierungsbündnisses erfolgreich getestet wurde. Was also blüht uns?

Diese Koalition würde nicht mehr durch eine sozialistische Theorie zusammengehalten, sondern durch einen gemeinsamen Gegner: den Kampf gegen Rechts. Unter diesem Vorwand würden Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, kurz, alle Freiheitsrechte weiter beschränkt werden, als dies bereits jetzt der Fall ist. Einen Vorgeschmack hat die AfD bei ihrem letzten Parteitag, hat sogar die CDU bei gestörten oder gar verhinderten Veranstaltungen erlebt. Jüngste gesetzgeberische Maßnahmen des sozialdemokratischen Justizministers Maas haben heftigen Widerspruch wegen der Gefahr einer Einschränkung der Meinungsfreiheit hervorgerufen. Darauf beziehen sich die Verharmloser der linken Gefahr: Eben! Es habe doch Widerspruch gegeben! Alle Warnungen seien übertrieben. Man solle nicht so tun, als ob Rotfront marschiere. Außerdem hätten die Reinfälle der SPD und ihrer rot-grünen Genossen bei den Landtagswahlen im Saarland, Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen gezeigt, daß die Gefahr von Rot-Rot-Grün nicht mehr aktuell sei. Aber plötzlich, am 30. Juni, fiel die Maske und es zeigte sich: Wenn die Mehrheitsverhältnisse es erlauben, dann werden sie hemmungslos genutzt. Deshalb kommt es darauf an, im Wahlkampf alles zu tun, um eine rot-rot-grüne Mehrheit zu verhindern. Das entschuldigende Argument, auch bisher habe es diese Mehrheit schon gegeben, aber die SPD habe die Chance nicht genutzt, ist heuchlerisch

und gilt nicht mehr. Das ist die offenkundige Lehre der Bundestagsabstimmung vom 30. Juni 2017. Und es sei daran erinnert, daß seit 1994 in mehreren Bundesländern bereits eine Koalition der SPD mit der Linkspartei besteht. Also auf Landesebene funktioniert das Bündnis schon lange. „Ja eben!“ rufen die blauäugigen Verharmloser, „und ist etwa in den östlichen Bundesländern, in denen die Linkspartei mitregierte, der Bolschewismus eingeführt worden? Nein! Na also, alles ganz harmlos!“ Aber Vorsicht: Der Wirkungsbereich der Länder ist begrenzter als der des Bundes mit seinen außen- und wehrpolitischen Möglichkeiten. Wenn die Mehrheit auf Bundesebene erreicht ist, könnten die letzten linksautoritären Hemmungen fallen.

Ob die linke Machergreifung zu verhindern ist, wissen wir heute noch nicht. Aber wir sollten vorsichtig sein und den Widerstand vorbereiten. Auch dem Gutgläubigsten sollte inzwischen klar sein, was uns hierzulande droht. Aufklärung tut not, denn „den Teufel spürt das Völkchen nie, und wenn er sie beim Kragen hätte“ (Goethe: Faust).

Hinweis:

Der vorliegende Text in der Sonderausgabe 78 des Deutschland-Magazins veröffentlicht, welches zur Bundestagswahl 2017 erschienen ist.



Dieses Magazin wird von der Vereinigung DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.

<http://www.konservative.de/Startseite>

herausgegeben.

Die Redaktion von www.links-enttarnt.net bedankt sich für die Zustimmung der Deutschen Konservativen e.V. für die Einwilligung zur online-Veröffentlichung des etwas fortgeschriebenen Textes.

Es wird darauf hingewiesen, daß der Verfasser dieses Beitrags, Professor Knütter, bei der Vereinigung DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V. zum Thema gerade eine Broschüre veröffentlicht hat mit dem Titel: **Mit Rot-Rot-Grün zum linksautoritären Staat**

<http://www.konservative.de/Broschueren>

Diese Broschüre warnt vor der Gefahr, die von einer rot-rot-grünen Vorherrschaft in Staat und Gesellschaft ausgehen könnte. Es geht um die Einschränkung von Freiheitsrechten, um Meinungslenkung, um sozialpolitische Umgestaltungen. Zu diesem Zweck hat sich die SPD der ehemaligen SED, der heutigen Partei „Die Linke“ angenähert. Auf Bundesebene könnte ein auf Landeebene bereits bestehendes Bündnis von Rot-Rot-Grün eine „andere“ linksautoritäre Republik schaffen. Davor mit sachlichen Fakten zu warnen, ist wegen der mediengestützten Verharmlosung des Linksextremismus notwendig. Es sollte nicht zusammenwachsen, was hierzulande zusammenzuwachsen droht.



Sie können die Broschüre kostenlos und unverbindlich bestellen. Sofort lieferbar.

Hier kostenlos und unverbindlich bestellen:

info@konservative.de

oder Anruf unter

040 - 299 44 01

Die Redaktion von www.links-enttarnt.net empfiehlt bei Bezug dieser Broschüre eine Spende für DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN